

Abg. Tassis (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete des Hohen Hauses! Schon wieder ist die AfD Thema gewesen; das scheint ja wohl von großem Interesse zu sein. In der Tat ist auch die AfD gegen jede Form von Hate Speech.

(Lachen Abg. Rupp [DIE LINKE])

Heute wurde hier ungefähr zehnmal gegen rechte Hetze das Wort ergriffen. Was ist mit der linken Hetze, was ist mit der Hetze gegen andere Personengruppen? Fragwürdige

Politik wirft manchmal sehr fragwürdige Äußerungen von einfachen Mitbürgern im Internet auf, erzeugt sie gewissermaßen, und für fragwürdige Politik ist die AfD im Allgemeinen nicht zuständig.

(Lachen SPD, CDU, FDP - Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ich glaube, Sie sind die Erfinder der fragwürdigen Politik!)

Wir haben im Gegenteil in Deutschland ein sehr aufgeheiztes politisches Umfeld, und die AfD ist vielleicht gewissermaßen ein Erzeugnis davon, aber sicher nicht die Ursache dieser aufgeheizten Stimmung. Vielmehr ist die Gewalt gegen die AfD, gegen normale bürgerliche Gruppen ebenfalls ein Thema, und sie findet höchst unvirtuell auch außerhalb des Internets statt. Wir bedürfen hier wirklich einer grundsätzlichen Überlegung, und da bin ich der FDP gewissermaßen sehr dankbar, um Freiheit im Internet - -

(Abg. Buhler [FDP]: Das brauchen wir nicht!)

Das weiß ich ja; von mir natürlich nicht, das ist klar! Auf alle Fälle ist eine Diskussion um

Freiheit im Internet immer notwendig. Ob eine Diskussion von Hate Speech nicht vielmehr diese untergraben soll, ist eben sehr die Frage. Deswegen enthält sich die AfD Bremen, der Einzelabgeordnete, aus den gleichen Gründen wie gestern bei der Beflaggung zum CSD wieder. Das ist im Grunde selbstverständlich: In einem anderen politischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland könnte es eine völlig geeinte Geschichte sein, sich ganz klar gegen Hate Speech auszusprechen.

Leider ist es doch so, dass wiederum, genauso wie gestern auch - das betrifft ja die gleichen Strukturen -, das politische Umfeld nicht dazu geeignet ist, einfach Hate-Speech-Dinge im Internet zu untersagen, weil man vermuten kann, dass höchst bedenklich politisch agierende Kreise hier in irgendeiner Weise eine Internetsäuberung vornehmen, die keiner wünschen kann. Insofern muss sehr darauf geachtet werden, dass in der Tat Rechtsstaatlichkeit auch in der Überwachung von Hate-Speech-Kommentaren einzieht und eingesetzt wird. Die AfD sieht es leider im Augenblick nicht gegeben, dass bei den Debattenbeiträgen, die wir am Anfang gehört haben, der Rechtsstaatlichkeit Genüge getan wird. - Vielen Dank!

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.